

An: EDA
Telegrammdienst
3003 Bern

2

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

Offizielle Arbeitsbesuche von Staatssekretär Klaus Jacobi in Helsinki und Stockholm, 25./26. November 1991

Auf Einladung der neu im Amt stehenden Staatssekretäre Finnlands und Schwedens, Martti Ahtisaari und Lars-Ake Nilsson, stattete Staatssekretär Klaus Jacobi am 25./26. November 1991 in Helsinki und Stockholm offizielle Arbeitsbesuche ab. In Helsinki wurde JAC noch von Aussenminister Paavo Vaeyrynen zu einem Hoeflichkeitsbesuch empfangen.

Ferner stattete JAC dem neuen Praesidenten der nach den letzten Wahlen in die Opposition gedraengten Sozialdemokratischen Partei Finnlands, Ulf Sundqvist, einen Besuch ab. In Stockholm fuehrte JAC zusaetzlich ein Gespraech mit dem Staatssekretär fuer Europafragen, Frank Belfrage.

Im Zentrum der Gespraechе standen die Europaeische Integration, hier besonders der Fahrplan betr. Unterzeichnung des EWR und Einreichung allfaelliger EG-Beitrittsgesuche, die europaeische Architektur sowie die Entwicklung in der Sowjetunion und die Beziehungen zu den baltischen Staaten. Weitere Themen waren der Nahe Osten, Jugoslawien und Hilfsmassnahmen fuer osteuropaeische Laender. Im Wochentelex Teil II folgen zwei ausfuehrliche Berichte.

Datum: _____

Visum: _____

Tel. intern _____



Offizieller Arbeitsbesuch von Staatssekretär Klaus Jacobi in Helsinki, 25. November 1991

Staatssekretär Jacobi (JAC) begann seine Gespräche mit einem Höflichkeitsbesuch beim finnischen Aussenminister Paavo Väyrynen (V.), dem eine Einladung des Departementsvorstehers zu einem offiziellen Arbeitsbesuch in der Schweiz im nächsten Jahr überreicht wurde. V. nahm diese Einladung gerne an. Das Gespräch drehte sich ausschliesslich um Fragen des EWR resp. des EG-Beitrittes. JAC skizziert die schweizerischen Prozeduren und plädiert persönlich für ein rasches Beitritts-gesuch der Schweiz noch vor Mitte 1992, da ein solcher Schritt der Exekutive nach einer allfälligen Ablehnung des EWR im Dezember 1992 innenpolitisch nicht mehr zu begründen wäre. V. beschreibt das finnische Vorgehen: - Bericht ans Parlament im Februar; - definitiver Entscheid über Mitgliedschaft spätestens im Mai. Trotz gegenteiliger Interpretationen in den Medien sei die Entscheidungsfindung darüber aber heute noch nicht weit gediehen. V. stellt in Abrede, dass es wirklich pressiere. Finnland müsse nicht automatisch im schwedischen Fahrwasser segeln. Sollte das Gesuch wider Erwarten erst in der zweiten Hälfte 1992 eingereicht werden, könne die verlorene Zeit gut aufgeholt werden; es gebe nicht nur einen Zug erster Klasse nach Brüssel mit Schweden und Oesterreich, auf den man aufspringen müsse, sondern auch einen zweiten mit den übrigen EFTA-Ländern. Osteuropa nähme dann den dritten, viel späteren Zug. Für V. ist entscheidend, wie sich die EG künftig gestalten will. Wesentlichen Anteil an einer Oeffnung habe Frankreich, das heute entsprechenden Druck aufsetze. V. befürchtet eine Verlangsamung des Prozesses, sollte Frankreich seine Politik ändern. Finnland mache sich seinen Entscheid nicht leicht, gäbe es doch noch einige Probleme:

- Jährliche Beiträge von 3-5 Mrd. Finnische Mark als Nettozahler in der EG.
- Souveränitätsverlust
- Willen Finnlands, auch innerhalb einer allfälligen Militärunion eine neutrale und unabhängige Verteidigungspolitik zu führen.
- Vorbehalte der Umweltschützer und der Bauern (starkes Elektorat für die Partei des Ministers, der Zentrums-partei, die nun

- grundsätzlich einer EG-Mitgliedschaft zugestimmt habe).
- Unmöglichkeit, als EG-Mitglied den wichtigen Markt in Russland exklusiv resp. nach eigenen Kriterien zu bearbeiten.

Abschliessend sind sich JAC und V. einig, dass enge Kontakte und Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe der 4 Neutralen wichtig seien, insbesondere im Rahmen der KSZE.

*

Die Gespräche mit Staatssekretär Martti Ahtisaari (A.), begleitet vom Politischen Direktor Jaako Blomberg und vom EWR-Chefunterhändler Veli Sundbäck, drehten sich vor allem um EWR-/EG-Fragen, um die europäische Architektur und um die Entwicklungen in der Sowjetunion.

1. EWR-/EG-Fragen

A. ist tief enttäuscht über die Paraphierungsverschiebung, hat jedoch das Gefühl, in der finnischen Debatte gehe es immer schneller in Richtung EG. Er widerspricht insofern seinem Aussenminister, dass er einen grossen Druck in Richtung rasche Entscheide sieht. Vor Maastricht sei leider keine klare Prognose über die Erweiterungsabsichten der EG und ihrer Mitglieder zu stellen; unter ihnen sei im Moment keine einheitliche Meinung auszumachen. Die finnische Regierung müsse einen innenpolitisch schwierigen Entscheid fällen, der mit der Grundssatzzustimmung der Zentrumspartei zwar erleichtert worden sei. Es blieben aber immer noch die Ausgleichsforderungen der Bauern, die äusserst schlechte Wirtschaftslage in Finnland und der politische Druck der Lokalwahlen im September 1992 als determinierende Faktoren der Entscheidungsfindung. A. glaubt nicht, dass ein EG-Beitritt makroökonomische Vorteile wie z.B. einen Aufschwung von 5 % bringt, wie behauptet wurde. Der Beschluss werde schliesslich einzig aus politischem Blickwinkel gefällt werden. Mit Blick auf den nordischen Partner Norwegen meint A., ein frühes Gesuch Finnlands und der Schweiz werde Oslo nachziehen lassen, wobei es möglich sei, dass der EG-Avis zu einem norwegischen Gesuch der rascheste sein könnte, da die Vorarbeiten der 70er-Jahre weiter gültig blei-

ben. In Bezug auf die Politische Union betont Finnland seinen Willen, in Sicherheitsbelangen (sehr wichtig wegen der Nachbarschaft zur UdSSR) und der Verteidigungspolitik durch die Union nicht abhängig zu werden. Maastricht werde wohl auch nicht die Zukunft definitiv gestalten, in Helsinki bleibe man aber wach. JAC betont in diesem Zusammenhang, dass die Ungewissheit über die Ausgestaltung der Politischen Union gerade ein Argument für unsere Mitgliedschaft darstelle, da wir nur mit einem vollen Mitmachen auch diese Union in unserem Sinne mitgestalten und aufbauen können. A. unterstreicht die Notwendigkeit, diese Problematik im Bericht ans Parlament klar herauszuschälen und meint, ein finnisches Gesuch um EG-Aufnahme werde wohl keinen Neutralitätsvorbehalt enthalten, jedoch von einer Erklärung über Sicherheit begleitet sein. Die "Abdankung" der Neutralität, wie sie Schweden in letzter Zeit praktisch vornehme, käme für Finnland nicht in Frage.

2. Europäische Architektur

Für Finnland steht die KSZE im Mittelpunkt der europäischen Architektur, die nur mit einer die UdSSR umfassenden ganzheitlichen Konzeption tragend werde. Dabei erschwere zwar das geltende Konsenssystem eine Beschlussfassung; allerdings erlaube es auch eine wirkliche Durchsetzung von Beschlüssen. Finnland trete in der KSZE für einen Mechanismus des Peace-keeping im UNO-Sinne ein, das Krisen wie in Jugoslawien gar nicht erst ausbrechen lasse. Zusätzlich strebe es für die KSZE-Sitzungen in Prag und danach in Helsinki (der Gipfel wird entweder unmittelbar vor oder nach dem G-7 Treffen von München stattfinden, am ehesten vom 9.-11. Juli 1992) selber Vorschläge für ein bisher vernachlässigtes operationelles Konfliktmanagement an. Die KSZE müsse ein selbständiges "Blauhelmsystem" einrichten und die Beschlusstrukturen entsprechend anpassen. Helsinki wolle sich auch bei der UNO dafür stark machen, dass neben den UNO-Blauhelmen auch Friedenstruppen anderer Gremien gleichzeitig am selben Ort aktiv sein können. Allerdings hänge für die Einrichtung von KSZE-Truppen viel davon ab, ob die UNO in Jugoslawien einen Erfolg erzielen könne. Beide Delegationen sind sich abschliessend darin einig,

dass eine KSZE-Funktion weder die Aufgabe anderer Institutionen dupliziert - so soll der Menschenrechtsbereich allein beim Europarat bleiben - noch selber von anderen Gremien dupliziert werde - so ist darauf zu achten, dass der NATO-Kooperationsrat nicht gewisse Aufgaben der KSZE "übernimmt". Für A. ist dieses neue Gremium jedoch ein Zeichen dafür, dass die NATO Osteuropa mehr an Sicherheit anzubieten vermag als die KSZE. Finnland habe keine Probleme, als neutrales Land nicht im Kooperationsrat vertreten zu sein, der eines der vielen möglichen Werkzeuge darstelle, Spannung und Unsicherheit im Osten abzubauen. Als Wunschziel des neuen NATO-Forums sieht Finnland eine Beschleunigung des Truppenrückzugs der UdSSR aus dem Baltikum. Bezüglich Akkreditierung bei der NATO bekräftigen beide Seiten, dass eine solche im heutigen Zeitpunkt nicht angezeigt sei. Die informellen Kontakte funktionieren zufriedenstellend. Bei der Diskussion über den Europarat wird übereinstimmend festgestellt, dass die Frage der Mitgliedschaft asiatischer Republiken in der ehemaligen UdSSR nicht klar beantwortet werden kann. Finnland hofft, dass eine effektvolle Union alle Republiken vertreten könne, sonst müsse man mangels einer Definition von Europa sich von praktischen Erwägungen leiten lassen und von Fall zu Fall entscheiden. Die Bedingungen und Standards für einen Beitritt seien aber keinesfalls herunterzuschrauben.

3. Sowjetunion / Baltikum

A. informiert über den Abschluss der Verhandlungen mit der UdSSR über ein neues Zusammenarbeitsabkommen, das den Freundschaftsvertrag von 1948 ersetzen wird. Die Verhandlungen seien überraschend leicht gewesen und hätten zu einem Text geführt, der auf der Pariser Charta aufbaut und westlichen Standard aufweist. Für Finnland sind damit die früheren Bestimmungen der "speziellen Beziehungen" und die Konsulationsverpflichtung im Falle von Gefahr gefallen. Auf Drängen der UdSSR werde die Unverletzlichkeit der Grenzen garantiert. Moskau möchte damit prophylaktisch finnische Gebietsrückforderungen in Karelien und Nordostlappland verhindern. Wichtiger fast als diese Neuregelung mit der UdSSR ist für Helsinki allerdings das

Verhältnis mit der Russischen Föderation (RSFSR). Mit dieser werden diese Woche Verhandlungen über drei Abkommen aufgenommen: Handel, allgemeine politische Beziehungen und Beziehungen mit den direkten Nachbarregionen. Für Finnland ist die RSFSR de facto unabhängig. Es braucht keine formale Unabhängigkeitserklärung resp. -anerkennung, sondern es besteht einfach die praktische Notwendigkeit, das Zusammenleben zu organisieren. Dies sei umso wichtiger, als es Tendenzen gebe, dass die RSFSR die Union übernehmen möchte. Ein erster Schritt sei bereits erfolgt, indem die Aussenhandelsbank Russlands einen Teil der Goldvorräte der UdSSR, der Diamantenvorräte und der ausländischen Währungen übernommen habe. Ermutigend sei im Gegenzug, dass mit Schewardnadse nun ein Integrationist wirke, der für die Republiken nach aussen koordinieren und der auch der Verteidigung die nötigen minimalen Zentralstrukturen erhalten könne. Im Gespräch wird schliesslich noch die Entwicklung im Baltikum angesprochen. Für A. ist es ein besonderes Anliegen, dass gerade in den drei Ländern der KSZE- und der Europarats-Menschenrechtsstandard aufrechterhalten bleibe, was eine strenge Ueberwachung der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes dort bedinge. Im übrigen finanziere der Nordische Rat die Kosten der Teilnahme der baltischen Länder in der KSZE. In Bezug auf die Hilfe beim Aufbau beklagen beide Seiten einen Koordinationsmangel. A. schlägt zur Lösung eine Sondersitzung der G-24 über das Baltikum vor. Was das Vertretungsnetz angeht, so wird Finnland drei residierende Botschafter fungieren lassen. Die speziellen Beziehungen zu Estland bringen es mit sich, dass dort eine sehr grosse Botschaft errichtet und dass die estnische Botschaft in Helsinki für 2 Jahre mit finnischen Entwicklungsgeldern finanziert wird. Im übrigen geht die Hälfte des gesamten finnischen Entwicklungsfonds im Moment nach Estland.

*

Neben diesen Hauptthemen wurde kurz der Nahe Osten gestreift, wo A. die Entwicklung als ermutigend bezeichnet. Insbesondere windet er den Palästinensern ein Kränzlein und lobt den Willen und die Zähigkeit der USA, den Prozess in Gang zu bringen und am Leben zu lassen. Was Jugoslawien betrifft, so gibt A. kund,

8

dass Slowenien "fast" anerkannt wird, da alle Charakteristiken eines Staates vorhanden seien. Beide Seiten stimmen überein, dass nur ein Öl-Embargo allenfalls den Krieg beenden kann, zusammen mit der Mission Vance. In diesem Zusammenhang betont A. die Wichtigkeit der schweizerischen Flugzeuge für solche Missionen, da nur auf diese Weise der nicht operationellen UNO die Arbeit ermöglicht wird.

Zum Abschluss der Gespräche kündigt A. an, dass er das nächste Treffen der Staatssekretäre der vier neutralen Staaten organisieren werde. Wegen völliger Absorbierung des Aussenministeriums durch die KSZE-Gipfel-Vorbereitungen von März-Juli wird das Treffen im Zeitraum 17.-28. Februar 1992 vorgesehen.

*

Im Rahmen seines Besuchs in Helsinki führte JAC auch ein Gespräch mit dem neuen Präsidenten der nun in der Opposition befindlichen Sozialdemokratischen Partei, Ulf Sundqvist (S.). S. gilt für viele Beobachter als nächster Premierminister bei einem Wahlgewinn der SDP. Im Zentrum stand die EWR-EG-Problematik, wo S. für eine schnelle Kandidatur für den EG-Beitritt plädierte, da der zu übernehmende Acquis 1996 noch grösser und unverdaulicher sein werde. Leider sei dieser Aspekt bisher in Finnland zu wenig beachtet worden. S. ist entschieden der Auffassung, dass eine Mitgliedschaft die heutigen Wirtschaftsprobleme des Landes hätte verhüten können. Zudem gehe es wegen wirtschaftlicher Konkurrenz nicht an, dass Schweden vorangehe und mit einer Mitgliedschaft noch stärker werde. Anders verhalte es sich bei Norwegen, das mit seinem Erdöl einen Alleingang verkraften könne. Das Gespräch klingt aus mit einigen Bemerkungen zur aktuellen Wirtschaftskrise Finnlands. In bemerkenswerter Offenheit nimmt S. auch seine Partei nicht von Schuld aus, da sie seit 1 1/2 Jahren in der Regierung nichts unternommen habe. Die Abwertung hätte schon damals erfolgen müssen, aber auch die jetzige Massnahme sei schlecht, da sie ohne flankierende Schritte erfolgt sei. Die Zinsrate von 10 % sei immer noch viel zu hoch. Heisse soziale und politische Kämpfe bis hin zum Regierungssturz ständen dem Land ins Haus.

Offizieller Arbeitsbesuch von Staatssekretär Klaus Jacobi in Stockholm,
26. November 1991

JAC führte mit dem neuen Staatssekretär Lars-Ake Nilsson und dem Staatssekretär für Europafragen, Frank Belfrage, Gespräche über EWR-EG-Fragen, die europäische Architektur und die Entwicklungen in der Sowjetunion. Einleitend führte er aus, die traditionell gute Zusammenarbeit müsse noch verstärkt werden, gerade unter Neutralen. Die Schweiz sei den nordischen Ländern in vielen Beziehungen näher als dem österreichischen Nachbar Oesterreich, das im Rahmen der Neutralen bei der Behandlung der Jugoslawienkrise ausgeschert sei.

1. EWR-EG-Fragen

Die neuste Entwicklung mit der Intervention des Europäischen Gerichtshofes sei für Schweden wie ein Schock gekommen. Es sei bereits bekannt, dass Dänemark und Portugal dem Gerichtshof entgegenkommen wollen. Da eine Aenderung der Römer Verträge praktisch unmöglich sei, bleibe nur eine Neuverhandlung der umstrittenen Punkte im EWR. Dennoch könne der Beitrittskandidat Schweden die Sache gelassener angehen, da bereits am 28. November die Kommission die erste Sitzung zur Erarbeitung des Avis abhalte, der wohl relativ rasch abgegeben werde. Stockholm betrachtet die Erweiterungsdiskussion in der EG wegen positiver Haltung der meisten nächsten Präsidialländer optimistisch. Der von Präsident Mitterand kürzlich an Delors gesandte Brief mit dem Vorschlag, die Erweiterung zunächst in Seminaren zu diskutieren, visiere das für einen Beitritt noch unfähige Osteuropa an. Der Lissaboner Gipfel im Juni 1992 dürfte wohl eine allgemeine Erklärung über Aufnahmeverhandlungen mit 2-4 EFTA-Ländern abgeben. Folgender ambitionierter Zeitplan wird skizziert: Weit früher als erwartet Verhandlungsaufnahme erste Hälfte 1992, Verfassungsänderung mit erster Abstimmung im alten Parlament Frühling 1994, zweite Abstimmung im neuen Parlament Herbst 1994, anschliessend Referendum und Beitritt 1995. In Schweden selber herrsche Konsens über den EG-Beitritt, die Neutralität trete vollständig in den Hintergrund. Isolationistische Strömungen gebe es nur noch versteckt bei den Grünen, der Zentrumspartei und schwach bei den Sozialdemokraten.

2. Europäische Architektur

Schweden tritt für die Schaffung von KSZE-Friedenstruppen ein, wozu allerdings das Gesetz geändert werden müsse. Schwierigkeiten beständen dann einzig noch bei der Finanzierung. Beide Seiten stellen übereinstimmend fest, dass weder institutionsübergreifend noch innerhalb der KSZE selber Duplizitäten in den Funktionen geduldet werden dürfen. Insbesondere darf das Prager KSZE-Sekretariat nicht gegenüber dem Wiener Konfliktverhütungszentrum abgewertet werden. Sollte Europa in der Jugoslawien-Krise schliesslich erfolglos bleiben, dann müsse eben die Bewältigung durch die UNO erfolgen. Schweden verfolge hier eine relativ gelassene Politik. In Bezug auf den NATO-Kooperationsrat vertritt Schweden dieselbe Haltung wie Finnland, streicht dafür aber noch die inhärenten Schwierigkeiten dieses Rates hervor (Unzufriedenheit Ungarns und der CSFR über die Anwesenheit der UdSSR). Die Gewichtung dieses neuen Sicherheitsforums sei genau zu beobachten, Informationen aus erster Hand wären angezeigt. Es wird vereinbart, in Brüssel zwecks Manifestierung des Interesses vorzusprechen, damit die vier Neutralen gemeinsam vom NATO-Generalsekretär über die Resultate orientiert werden, nachdem sie bei der Einladung angeblich "übergangen" worden sind. Andererseits gibt dieser Umstand auch eine willkommene Distanz, zu der die übereinstimmende Haltung passt, dass mit der NATO die bisherigen informellen Kontakte weiterzuführen sind, ohne eine formelle Akkreditierung von Vertretern vorzunehmen.

3. Sowjetunion

JAC orientiert über seine Reise nach Russland und in die Ukraine und stellt mit Nilsson fest, dass eine Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit nur im Verband mit einer repräsentativen Zahl von Staaten erfolgen solle. Schweden visiert in Kiew jedenfalls in näherer Zukunft die Errichtung einer volldotierten Botschaft an. Nilsson betrachtet die Tendenzen der RSFSR zur Uebernahme der Union mit gemischten Gefühlen. Allerdings gerate sie in den nächsten Jahren vom Süden her (Ukraine und Islam) unter derartigen Druck, dass an der Nordflanke für die Nachbarn Finnland und Schweden im Sicherheitsbereich etwas Luft entsteht, obwohl dort starke nukleare Kapazitäten vorhanden seien. Zudem bringe diese Entwicklung automatisch eine bessere Beziehung zwischen der RSFSR und den USA. Was die Beziehungen Schwedens zur UdSSR selber angeht, so sei eine neue Oeffnung festzustellen. Aussenminister Pankin habe jedenfalls Abklärung verschiedener offener Fragen versprochen (Abschluss einer schwedischen DC-3 im Jahre 1954, Dossier Wallenberg und

11

Unterseebootaktivitäten); Schweden werde ständig nachstossen.

Abschliessend erklärt Nilsson die schwedische Hilfe an Osteuropa sowie die Absichten bei der Errichtung des Vertretungsnetzes in Osteuropa. Schweden konzentriere seine Hilfe aufs Baltikum und sehe im Juli 1992 ein Paket von ca. \$ 180 Mio. vor, u.a. für know-how-Transfers, Aufbau von staatlichen Institutionen und Nahrungsmittel-Nothilfe, welche bereits in diesem Winter gewährt werde. Kleinere Summen gehen an die Region St. Petersburg und an Polen. In Bezug auf die Vertretungen sei Schweden im Baltikum mit 3 Botschaftern präsent, wobei Nilsson vor übertriebenem Aktivismus warnt. Die Strukturen in diesen Ländern seien noch derart rudimentär, dass noch auf lange Zeit hinaus keine normale Arbeit möglich sei. Was Jugoslawien betrifft, so habe Schweden bereits im Generalkonsulat in Zagreb einen Diplomaten plaziert. Zu gegebener Zeit werde dieser Posten in eine Botschaft umgewandelt, die gleichzeitig auch für Albanien zuständig wäre. In Slowenien ist Schweden nicht präsent und plant eine Akkreditierung ex Wien oder Bern.

1

p.B.15.21.Fi.(9).-JE/ZNI

ABSENDER/EXPEDITEUR: Pol. Abt. I

amhelsin ambasuisse helsinki -fax-

((((
ur amhelsino
.berneda

pour ambasuisse helsinki

bern 03.12.1991 11:07 u r g e n t

9-hhhhh

Telefax: Anzahl Seiten inklusive Deckblatt: 11

Besuch Jacobi in Helsinki/Stockholm

In Vorkopie erhalten Sie in der Beilage den Bericht, wie er im heutigen Wochentelex figuriert. E. Jenni

))))

ORIGINAL an: D

Kopie an:

affetra

Kopie: JE

462 ZEICHEN/CARACTERES
re